

STEIN PRESSE

EU-KLIMAPOLITIK

Brüssel-Event Fachverband

04

WIRTSCHAFTSSTANDORT ÖSTERREICH

Herausforderungen und Chancen

06

MASSIVBAUSTOFF- HERSTELLUNG

Impulsgeber für Regionen

08

© Herman Seidl

Q2
2. QUARTAL 2016



INHALT



EU-KLIMAPOLITIK

SEITE 04

WIRTSCHAFT

4-5	Brüssel-Event zur EU-Klimapolitik
6-7	Die Zeit ist reif für...?
8-9	Massivbaustoffherstellung – Impulsgeber für Regionen
10-11	TTIP

EUROPA

12	EUROGYPSUM
----	------------

KURZINFO

13	Aktuelles
----	-----------

TERMINE

14	Seminare • Kongresse • Termine
----	--------------------------------



© Lukas Lorenz

Sehr geehrte Leserinnen und Leser!

Die zunehmende Globalisierung zeigt nicht zwangsläufig nur den exportorientierten Branchen neue Chancen auf. In einer Welt, in der man fast rund um den Globus dieselben Produkte in gleicher Qualität kaufen kann, ergeben sich zunehmend Räume für originäre Erzeugnisse. Die Rückbesinnung auf die eigene Herkunft fördert das Identifikationspotenzial mit der Region und damit auch mit den Produkten aus der Umgebung.

Die BAU!MASSIV!-Plattform hat sich dieser Sache angenommen und das Studienzentrum für internationale Analysen (STUDIA) damit beauftragt, den Mehrwert unserer Mitgliedsunternehmen für die Standortregion und die dort lebende Gesellschaft zu untersuchen.

Die Ergebnisse können sich jedenfalls sehen lassen. Vieles was wir wussten, wurde nun mit einer Studie belegt. Dass man die Baustoffproduktion dort ansiedelt, wo es entsprechende Rohstoffvorkommen gibt, liegt auf der Hand. Die Frage nach der entsprechenden Infrastruktur stellt sich erst hinterher. Mit ein Grund warum man unsere Mitgliedsbetriebe oftmals auch in strukturschwachen Regionen findet. Der überwiegende Teil der Baustoffunternehmungen ist familiengeführt und in heimischem Besitz. Rund 75% der Mitgliedsbetriebe im Fachverband der Stein- und keramischen Industrie gehören der Gruppe der Klein- und Mittelbetriebe an. In den Regionen fernab der urbanen Zentren sind überproportional viele Menschen in der Baustoffindustrie beschäftigt. Auch zeichnet sich die Branche durch stabile und langfristige Beschäftigungsverhältnisse aus. Der Mehrwert für die Region ist nun auch wissenschaftlich untermauert. Ein Grund stolz auf unsere Branche zu sein. Detaillierergebnisse finden Sie auf den Seiten 8-9.

Wir würden uns freuen, wenn Sie sich selbst ein Bild von den Ergebnissen machen. Im Rahmen unserer Mitgliederversammlung am 14. September im Hotel Schloss Pichlarn in Aigen im Ennstal werden wir jedenfalls über die Studienergebnisse berichten und Ihnen entsprechend aufbereitete Unterlagen zur Verfügung stellen.

Ihr Fachverbandsgeschäftsführer
DI Dr. Andreas Pfeiler

von
Mag. Cornelya
Vaquette

EU-KLIMAPOLITIK: BRÜSSEL-EVENT



**Fachverbands-
Delegation mit
Abg.z.NR Josef
Muchitsch**

© Julie de Bellaing

Seit 2005 ist der Emissionshandel das Instrument der Wahl, um CO₂-Emissionen kostengünstig in Europa zu reduzieren. Am 15.7.2015 stellte die Kommission einen Vorschlag zur Reform des Europäischen Emissionshandelssystems (ETS) vor, dessen Reduktionsziel von minus 43% die Beschlüsse des Rats vom Oktober 2014 umsetzt. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Diskussionen rund um ein neues ETS lud der Fachverband Steine-Keramik gemeinsam mit dem Sozialpartner Gewerkschaft Bau-Holz zu einem mehrteiligen Event in Brüssel ein. Unter dem Titel „EU-Klimapolitik: Politik auf Kosten regionaler Arbeitsplätze?“ fand

am Abend des 4.4.2016 eine Dinner Debate im Europäischen Parlament unter der Schirmherrschaft von Dr. Paul Rübig, Mitglied des Europäischen Parlaments (MEP), statt.

DER ABEND IM PARLAMENT

Trotz der wegen der Terroranschläge vom 22.3.2016 angespannten Situation in Brüssel war die Teilnahme sowohl von Seiten des Fachverbands als auch auf Seiten der eingeladenen Gäste zahlreich und das Interesse an der Diskussion groß. Eine 10-köpfige Fachverbands-Delegation reiste nach Brüssel, um auf die Probleme der

energieintensiven Unternehmen aufmerksam zu machen und Lösungsvorschläge und neue Modelle zu diskutieren. Die Abgeordneten Dr. Angelika Mlinar und Mag. Othmar Karas kamen persönlich, mehrere Assistenten (von MEP Rübig, Mlinar, Köstinger, Karas und Becker) waren ebenfalls zugegen.

Fachverbandsobmann-Stv. Mag. Robert Schmid stellte die Unternehmen des Fachverbands vor und legte in einem sehr informativen Abriss die aktuelle Situation im ETS und die Position der Stein- und keramischen Industrie zur Reform des Systems dar. Er hob die Besonderheit der Baustoffproduktion hervor, die regionale Produkte zu erschwinglichen Preisen für regionale Märkte bereitstellt. Das ETS müsse auf die sektorspezifischen Gegebenheiten eingehen, das „Über-den-Kamm-scheren“ von Energiewirtschaft und produzierender Industrie führe zu wettbewerbsverzerrenden Ergebnissen und ungleichen Zuteilungen, die nicht im Sinne der Industrie seien. Der abgestufte Ansatz Frankreichs und Großbritanniens, das Carbon Leakage-Risiko differenzierter zu bewerten und damit die Gratiszuteilung zu staffeln – der sog. „tiered approach“ – sei absolut abzulehnen. Er würde lediglich die Ungleichheiten bei der Zuteilung verstärken und die drohende Abwanderung beschleunigen.

Im Anschluss legte Univ.-Prof. Stefan Schleicher (Wegener Center

for Climate and Global Change) die Grundzüge einer sinnvollen Reform des ETS dar. Er verwies auf die Vorteile einer zeitnahen, auf aktuellen Produktionsdaten basierenden Zuteilung und plädierte ebenfalls für die grundsätzliche Trennung der Sektoren.

Der Nationalratsabgeordnete und Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Bau-Holz Josef Muchitsch unterstützte mit seinem Statement die Forderung der Stein- und keramischen Industrie nach sinnvoller Entlastung der Baustoffindustrie und die Rückkehr zur unternehmerischen Arbeit. Er betonte, dass Arbeitsplätze und soziale Standards in Gefahr geraten, wenn die Industrie schwächeln sollte. Die Baustoffproduktion und damit die regionale Wertschöpfungskette müsse erhalten bleiben.

PRESSEGESPRÄCH UND TREFFEN KÖSTINGER

Am folgenden Morgen, den 5. April, nahmen Mag. Robert Schmid, Abg.z.NR Josef Muchitsch sowie die MEPs Dr. Paul Rübiger (ÖVP) und Mag. Evelyn Regner (SPÖ) an einem Pressegespräch mit Dr. Peter Fritz, Büroleiter des ORF-Büros Brüssel, teil. Sie sprachen über die EU-Klimapolitik und ihre Auswirkungen auf die Arbeitsplätze in der heimischen Industrie. Beide Abgeordneten betonten ihre Unterstützung für eine sinnvolle Reform des ETS, für den Erhalt der regionalen Wirtschaftsleistung und der Arbeitsplätze. Schmid verwies darauf, dass eine „Missgeburt“ wie das ETS nicht mit allen Mitteln überleben müsse. Ein Neustart wäre das Beste. Muchitsch bekräftigte erneut die Wichtigkeit der Industrie als Jobmotor und forderte Entlastungen. Der 2-minütige Beitrag lief noch am selben Abend im Ö1 Abendjournal.

Im Anschluss daran konnte die Delegation mit MEP Elisabeth Köstinger

(ÖVP) zu einem einstündigen Gespräch zusammentreffen. Die Hauptforderungen des Fachverbands konnten schlüssig dargelegt werden und trafen auf Verständnis und Zustimmung. Sie setzte sich für die Industrie ein, weil klar sei, dass nicht nur die Verlagerung von CO₂-Emissionen ins Ausland das Problem sei, sondern auch die drohende Abhängigkeit bei Verlagerung der Wertschöpfungskette. Die sinkende Wettbewerbsfähigkeit sei durch die steigende Kostenbelastung gut zu erklären, sagte Köstinger. Allerdings müsse in den Köpfen ankommen, dass die Senkung der Emissionen innerhalb Europas nicht zwingend weltweit zu einer Verbesserung des Schutzes führt, wenn dadurch ganze Industriezweige vertrieben werden und anderswo produzieren müssen. Carbon Leakage kündige sich durch ein schleichendes Investment Leakage an. Sie forderte die Anwesenden auf, mehr öffentliche Präsenz zu zeigen, weil die NGOs die allgemeine Stimmung stark beeinflussen und lenken. Das würde sie in ihrer Arbeit sehr unterstützen.

Die Resonanz auf das Brüssel-Event war sehr positiv und die Anwesenheit der zahlreichen Funktionäre wurde sehr begrüßt. In einem Argumentarium wurden alle in Brüssel angesprochenen Argumente und Problemfelder zusammengefasst, schlüssig aufbereitet und mit den Dankeschreiben an alle kontaktierten MEPs übermittelt. Eine englische Übersetzung soll als PR-Unterlage für Informationsaktionen, z.B. an die relevanten Ausschüsse des Parlaments, dienen. Der Zusammenschluss des Fachverbands und der Gewerkschaft Bau-Holz hat eindrucksvoll gezeigt, dass letztendlich die gemeinsamen Interessen ausschlaggebend sind und nur gemeinsam eine für alle gewinnbringende Lösung erarbeitet werden kann.

v.l.: Schleicher,
Rübiger, Mlinar,
Asamer, Schmid



DIE ZEIT IST REIF FÜR ...?

von

Dr. Christoph Schneider

Wirtschaftskammer Österreich –
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik

ANGESPANNTES UMFELD FÜR ÖSTERREICHS UNTERNEHMEN

Die Wirtschaft in Österreich und Europa entwickelt sich weiterhin nur verhalten. 2016 ist für die EU zwar das vierte Jahr der wirtschaftlichen Erholung, allerdings nur bei moderater Dynamik. Die niedrigen Ölpreise, die expansive Geldpolitik und der relativ geringe Außenwert des Euro tragen zur Erholung bei. Gleichzeitig ist das globale Wachstum weiterhin schwach und von zahlreichen wirtschaftlichen und politischen Risiken geprägt. Die allgemeine Unsicherheit ist weiterhin groß. Österreich hat 2014 den Wachstumsvorsprung gegenüber der EU verloren und sich zuletzt sogar von der Erholung in Europa zunehmend entkoppelt: Zwischen 2012 und 2015 ist die österreichische Wirtschaft mit weniger als 1% pro Jahr gewachsen. Für 2016 wird Österreich ein Wachstum von 1,5% prognostiziert.

IST ÖSTERREICH NOCH WETTBEWERBSFÄHIG?

Die österreichische Wirtschaft hat gute Voraussetzungen, um langfristig wieder auf einen robusten Wachstumspfad zurückzufinden: eine vielfältige und differenzierte Wirtschaftsstruktur, eine gute Einbindung in internationale Wertschöpfungsketten, die geopolitisch günstige Lage, qualifizierte Fachkräfte und erfolgreiche Unternehmen. Aber der Reformstillstand in der Politik und die fehlende langfristige Vision für einen attraktiven Standort und für nachhaltiges Wachstum haben immer negativere Folgen: In vielen internationalen Rankings fällt der Wirtschaftsstandort Österreich in seiner Attrak-

tivität zurück, während vergleichbare Länder wie Schweden oder die Schweiz weiter Richtung Spitze marschieren.

ÖSTERREICH VOR GROSSEN HERAUSFORDERUNGEN

Globale Unsicherheiten: Globale Unsicherheiten und andauernde Krisen werden immer mehr zur neuen Normalität. Die Weltwirtschaft hat seit Mitte des Vorjahrs an Schwung verloren. Viele Schwellenländer leiden weiter unter dem starken Rückgang der Rohstoffpreise, in China sank das Wachstum zuletzt auf unter 7%. Geopolitische Spannungen und terroristische Gefahren erhöhen die globale Unsicherheit zusätzlich. Die Auswirkungen des massiven Flüchtlingszustroms sind weiterhin schwer abschätzbar.

Anhaltende Investitionsschwäche: Die allmähliche Erholung in Österreich ist vorwiegend vom Konsum getragen. Die Effekte der weltweiten Konjunkturabschwächung werden durch das konsumgetriebene Wachstum kompensiert. Das Wachstum über den Konsum ist aber nicht nachhaltig. So müssen der prognostizierten Sonderkonjunktur nunmehr gezielte Maßnahmen folgen, um zu mehr Wachstum über die Wachstumstreiber - Investitionen und Exporte - zu führen. Die Investitionsschwäche bremst nicht nur den Aufschwung, sondern birgt großes Risiko für die zukünftige Produktionskapazität, Produktivität und Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft. Österreich verzeichnet zwar jährlich neue Exportrekorde, hat aber im Vergleich zu 2005 rund ein Viertel des Weltmarkt-

Weitere Informationen:
 → www.wko.at/Content.Node/kampagnen/Zukunft-Wirtschaft/index.html

anteils verloren. Mittelfristig braucht Österreich ein investitionsfreundliches Umfeld, kurzfristig sind gezielte Investitionsanreize notwendig, um den Investitionsstau zu überwinden.

Hohe Abgabenlast: Die mit 1.1.2016 in Kraft getretene Tarifreform reduziert die Steuerbelastung auf Arbeitseinkommen. Auch kommt ab 2016 eine schrittweise Senkung der Lohnnebenkosten um EUR 1 Mrd. Dennoch bleibt Österreich ein Hochsteuerland, die Steuer- und Abgabenquote in % des BIP gehört mit rund 44% zu den höchsten im globalen Vergleich. Neben der hohen Abgabenlast fehlt es vor allem an wesentlichen Anreizen für die Unternehmen. Österreich muss rasch wieder zu einem attraktiven Steuersystem zurückkehren, um als Investitionsstandort nicht zurückzufallen.

Überbordende Bürokratie: Bei diversen Standort-Rankings schneidet Österreich in diesem Bereich schlecht ab. Die Masse an Regelungen bindet immer mehr Ressourcen im Unternehmensalltag. Aufgrund zersplitterter Zuständigkeiten kommt es zu Doppelgleisigkeiten und einer Fülle an Vorschriften. Diverse Meldepflichten sowie lange und komplizierte Genehmigungsverfahren hemmen die Investitionstätigkeit der Unternehmen.

Versteckte Risiken am Arbeitsmarkt: Die Zahl der Beschäftigten steigt zwar, aber ebenso die Arbeitslosigkeit. Die Digitalisierung bringt für die österreichische Wirtschaft große Chancen, führt jedoch zu einem Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt, mit Risiken insbesondere für Geringqualifizierte. Gleichzeitig könnten Österreichs Unternehmen aufgrund der demografischen Entwicklung bald die Fachkräfte ausgeben. Reformen im Bildungsbereich, Maßnahmen zur besseren Qualifizierung und eine stärkere Mobilisierung des vorhandenen Arbeitskräftepotentials sind dringend notwendig.

Niedrige Produktivität: Die steigende Beschäftigung in Kombination mit schwachem Wachstum wird über die Arbeitsstunden korrigiert. Seit 2011 sind die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden in Österreich rückläufig. Österreichs Arbeitskräfte verlieren dadurch in punkto Produktivität im globalen Vergleich an Boden. Durch die über der Produktivität steigenden Löhne steigen zuletzt auch die Lohnstückkosten überdurchschnittlich stark.

Strukturelle Probleme bleiben bestehen: Die österreichischen Staatsschulden haben mit 87% einen historischen Höchststand erreicht. Unter

Berücksichtigung der zukünftigen Ausgaben für Pensionen und Gesundheit steigt der implizite Schuldenstand schätzungsweise auf rund 251% des BIP. Durch intelligente Reformen kann der Sozialstaat effizienter und wirksamer werden, ohne dass soziale Errungenschaften verloren gehen. Österreich würde dadurch mehr Geld für Zukunftsinvestitionen zur Verfügung stehen.

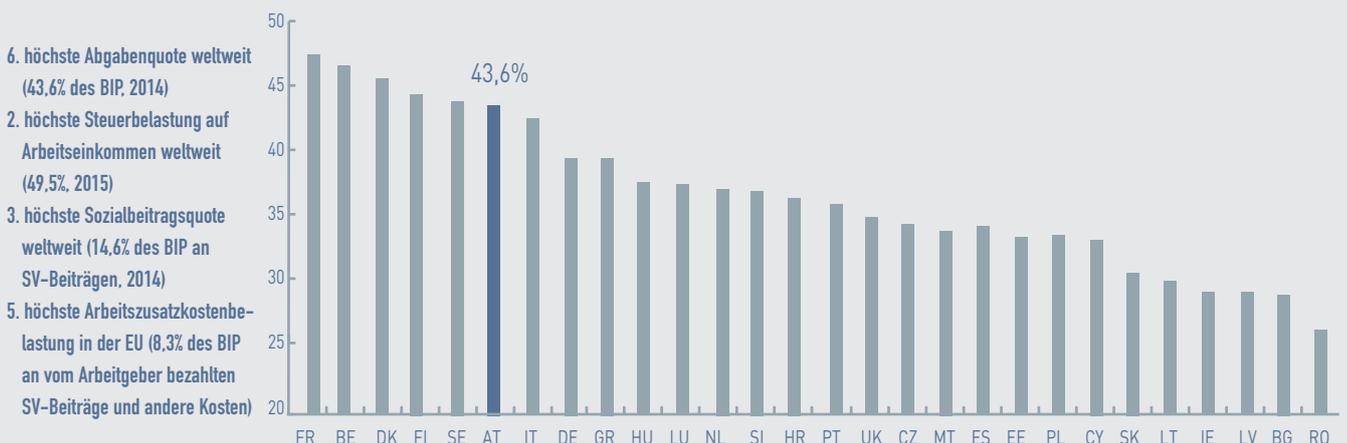
...FÜR BESSERE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR UNTERNEHMEN IN ÖSTERREICH!

Neben den Herausforderungen für den Standort Österreich gilt es auch, die Chancen bestmöglich zu nutzen. Für 2015 bis 2020 wurde in einem breit angelegten partizipativen Prozess ein mittelfristiges interessenpolitisches Programm der WKO erstellt. „Zukunft Wirtschaft | Standort Österreich 2015-2020“ präsentiert die Positionen und Forderungen der WKO in folgenden Bereichen:

- Wachstum und Unternehmertum
- Fachkräfte und Bildung
- Entlastung und Bürokratieabbau
- Standort und Systeme

Abgabenquote (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge in % des BIP), 2016

Quelle: OECD



MASSIVE BAUSTOFFE

von

Dr. Reinhold Lindner
Sprecher BAU!MASSIV!

v.l.: Asamer,
Baaske, Pfeiler

© Nicole Heiling



Massive Baustoffe stehen für rund 34.000 Beschäftigungen in der Produktion. In ihrer weiteren Verwertung sorgen massive Baustoffe für knapp 65.000 Beschäftigte im Bauwesen. Vor- und nachgelagerter Bereich eingerechnet, sichert die Massivbaustoffindustrie die wirtschaftliche Existenz von rund 200.000 Menschen in Österreich, und ein Arbeitnehmer sichert die Existenz von 25 Personen. Zu 55% entfaltet sich dieser Effekt im ländlichen Raum. Ein Euro, der im Massivbau eingesetzt wird, löst Folgeinvestitionen von EUR 3,15 aus, dies entspricht einer Wertschöpfung von rund EUR 2 Mrd. Diese gewichtigen Eckdaten präsentiert eine Studie, die Dipl.-Math. Wolfgang E. Baaske vom Institut STUDIA für den Fachverband Steine-Keramik erstellt hat. „Anknüpfend an europäische Studien bestätigt sich auch in meiner Berechnung die essenzielle Wirkung dieses Industriezweigs“, erklärt der auf Analysen spezialisierte Mathematiker.

Eine aktuelle Studie, die am 19. Mai 2016 im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt wurde, belegt die wesentliche Bedeutung der Massivbauerhersteller für die Regionen: Zement, Ziegel, Beton und Putze sichern die wirtschaftliche Existenz von rund 200.000 Österreichern – insbesondere im ländlichen Raum. Die Branche bildet damit eine Stütze der Gesellschaft. Um diesen Stellenwert auch langfristig zu sichern, bedarf es einer fairen Bewertung der ökonomischen und ökologischen Faktoren bei Baustoffen. Insgesamt sollte ihre günstige Wirkung mehr beachtet werden.

EINE BRANCHE TRÄGT GANZE REGIONEN

Die Kombination vorhandener Daten und eigens durchgeführter Untersuchungen in der Branche zeichnet ein genaues Bild von den vielfältigen Effekten, die von Politik und Öffentlichkeit bis dato so nicht wahrgenommen wurden: Die Herstellung massiver Baustoffe prägt regionale Struk-

turen. In diesem Wirtschaftszweig dominieren mittelständische Betriebe. Die Produzenten massiver Baustoffe beschäftigen überwiegend Menschen aus der näheren Umgebung, mehr als die Hälfte aus den jeweiligen Standortbezirken. Darunter befinden sich auch überdurchschnittlich viele ältere Arbeitnehmer – 30% sind über 50 Jahre alt.

– MOTOR FÜR REGIONEN ÖSTERREICHS



REKORDHALTER BEI KURZEN TRANSPORTWEGEN: 35 KILOMETER VOM WERK BIS ZUM KUNDEN

Nicht nur die Arbeitsplätze, auch die Produkte bleiben regional: 84 Kilometer beträgt der Transportweg, der zwischen Rohstoffgewinnung, Produktion und Endabnehmern zusammenkommt. Der Transportweg vom Werk bis zu den Kunden beträgt überhaupt nur 35 Kilometer. Freilich ein abstrakter Wert, aber durchaus plausibel: Produzenten massiver Baustoffe siedeln traditionell dort, wo die Ausgangsstoffe leicht verfügbar sind. Von der Rohstoffgewinnung zum Hausbau 84 Kilometer, dieser Wert illustriert sowohl die regionale als auch die nachhaltige Wirkung massiver Baustoffe.

STAGNATION IN DER MASSIVBAUINDUSTRIE GIBT GRUND ZUR SORGE

Nicht nur bei Lebensmitteln wird der Faktor „regionale Produkte“ in den letzten Jahren immer höher geschätzt. Die Umwelt wird durch kurze Wege geschont, die Gesellschaft insgesamt profitiert von den lokalen Strukturen. De facto können auch die österreichischen Massivbauerhersteller diese Qualitäten für sich beanspruchen. Ihre Produktion entspricht den hohen heimischen Umweltstandards. Gebäude in Massivbauweise sind durch ihre lange Lebensdauer sowohl

wirtschaftlich als auch ökologisch nachhaltig. Trotzdem zeichnen sich Probleme ab, den Produzenten massiver Baustoffe fällt es in den aktuellen Rahmenbedingungen immer schwerer, ihre positive Wirkung zu entfalten. Dr. Manfred Asamer, Obmann des Fachverbands, sieht Anzeichen für eine ungünstige Entwicklung: „Der Gesamtumsatz bei massiven Baustoffen stagniert in den letzten Jahren. Wir sind immer noch auf gutem Niveau, aber wenn sich dieser Trend verstärkt, gibt es Grund zur Sorge.“ EUR 3,32 Mrd. Branchenumsatz 2015 erscheinen beachtlich, bedeuten jedoch eine dürftige Steigerung von nur 0,26% gegenüber 2014.

SOLIDE STRUKTUREN SICHERN

Große Infrastrukturprojekte beschäftigen Politik und Öffentlichkeit. Dagegen findet das regionale und kommunale Verkehrsnetz vergleichsweise wenig Beachtung. Diese Transportwege werden zunehmend vernachlässigt, ein Problem für die regionalen Produzenten: „Wir haben dezentrale Standorte, wir sind auf die lokale Infrastruktur angewiesen. Noch leben gut zwei Drittel der Bevölkerung im ländlichen Raum, jedoch ist die Tendenz zur Abwanderung in und um die Städte stark. Die Regionen abseits der Ballungsräume lassen sich stärken und die Landflucht bremsen, wenn es eine gute Infrastruktur und

Impulse für den Wohnbau gibt“, so Asamer.

WOHNBAUFÖRDERUNG ALS KORREKTIV

Immer mehr spürt die heimische Massivbau-Branche billige Bauweisen und die Konkurrenz aus Ländern mit geringeren Umweltstandards. Hier mangelt es an einer korrekten ökologischen Bewertung: „Wir müssen zwar Belastungen durch Ökostrom und steigende Kosten für Zertifikate tragen, die ökologischen Vorteile unserer kurzen Wege und der langlebigen Produkte werden im bestehenden System nicht berücksichtigt“, konstatiert Fachverbands-Geschäftsführer DI Dr. Andreas Pfeiler. Ein sinnvolles Korrektiv für diese Schieflage in der Behandlung von Baustoffen bei der Errichtung neuer Wohneinheiten wäre die Herkunftskennzeichnung, analog zur Aufwertung von Produkten aus regionaler Produktion in anderen Wirtschaftsbereichen. So könnten auch in der Bauwirtschaft heimische Standards und soziale Effekte, insbesondere aber kurze Transportwege berücksichtigt werden. Mit Bezug auf die aktuelle Studie fordert Pfeiler: „Es geht um die Würdigung der nachhaltigen Qualitäten massiver Baustoffe und vor allem um Fairness in der ökologischen Bewertung.“ Das würde regionale Strukturen bewahren und für echte Nachhaltigkeit sorgen.

Eine Information der Wirtschaftskammer Österreich



TTIP – JA ZU NEUEN CHANCEN FÜR ÖSTERREICH

WAS IST TTIP?

Seit dem Sommer 2013 laufen zwischen der EU und den USA Verhandlungen für eine gemeinsame transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, kurz TTIP.

Bei diesem Handelsabkommen geht es darum, den Handel mit Waren, Dienstleistungen und Investitionen zu vereinfachen:

- den gegenseitigen Marktzugang erleichtern
- ungerechtfertigte Handelshemmnisse beseitigen
- geltende Handelsregeln verbessern (z.B. Zollvorschriften und -verfahren, die besonderen Anliegen von KMU im internationalen Handel, die Transparenz von Gesetzen und anderen Vorschriften, den Schutz geistiger Eigentumsregeln, die Versorgung mit Rohstoffen/Energie, mehr Zusammenarbeit in Wettbewerbsfragen)

WAS BRINGT TTIP?

Europa ist zwar noch führende Handelsmacht, verliert aber zunehmend an Bedeutung. In absehbarer Zukunft wird 90% des weltweiten Wirtschaftswachstums außerhalb Europas stattfinden.

TTIP stärkt unsere Wirtschaft, sichert bestehende und ermöglicht neue Arbeitsplätze. Rund ein Drittel unseres BIP und jeder dritte bis vierte Arbeitsplatz hängen vom internationalen Handel ab. Jede zusätzliche Export-Milliarde bringt uns 6.000 zusätzliche Arbeitsplätze. Gerade für ein kleines, exportorientiertes Land mit hoher Außenhandelsverflechtung wie Österreich ist eine offensive Handelspolitik erfolgsentscheidend.

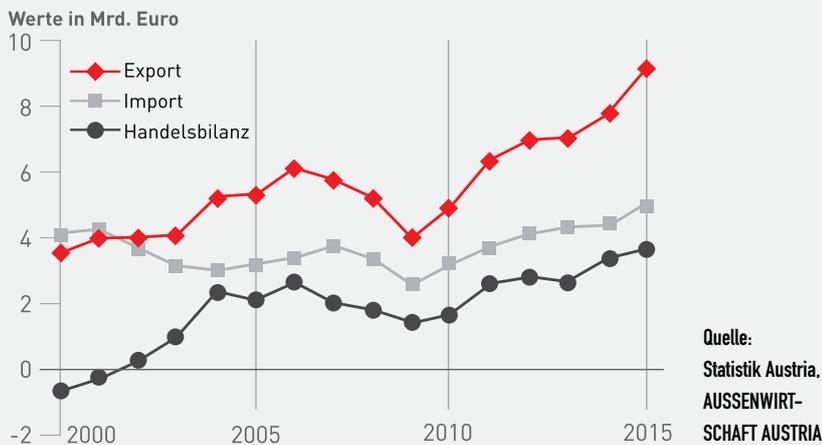
Für Österreich sind die USA der wichtigste Exportmarkt außerhalb der EU. Das Exportvolumen in die USA betrug im Jahr 2015 EUR 9,1 Mrd., der Bestand an aktiven Direktinvestitionen österreichischer Unternehmen in den USA belief sich auf EUR 8,3 Mrd. Zudem bedient eine starke österreichische Zulieferindustrie im EU-Binnenmarkt viele Kunden, die in die USA exportieren und auf die richtigen Rahmenbedingungen in den USA angewiesen sind. TTIP kann diese Rahmenbedingungen schaffen.

WELCHE CHANCEN KANN TTIP FÜR UNSERE KMU BRINGEN?

Hohe Zölle und unnötige Bürokratie im Export belasten Österreichs kleine und mittlere Unternehmen (KMU) überdurchschnittlich.

- Von einem gut verhandelten TTIP, das Handelshemmnisse beseitigt, profitieren KMU mit ihren begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen deutlich mehr als große Firmen.
- Ein gut verhandeltes TTIP erleichtert KMU den internationalen Handel bzw. den Erstestieg in Import und Export.
- Weil viele europäische Kunden österreichischer Zulieferer-KMU durch TTIP ebenfalls verbesserte Exportchancen erhalten, profitieren österreichische Firmen auch indirekt vom Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA.

Österreichs Außenhandel mit USA 2000–2015



WAS PASSIERT MIT UNSEREN STANDARDS?

Es dürfen weiterhin nur Waren innerhalb der EU zirkulieren, die entweder den geltenden EU-Regeln entsprechen oder gegenseitig anerkannt sind.

- Bestehende EU-Regeln zu gentechnisch modifizierten Lebensmitteln, das Verbot von Chlorhühnern und Hormonfleisch werden wegen TTIP nicht abgeändert.
- Die gegenseitige Anerkennung von Waren oder Produktionsverfahren kann nur nach Prüfung der Gleichwertigkeit (Äquivalenz) der EU- und US-Vorschriften erfolgen. Sie wird also keine Standards senken.

In der Automobilbranche führen etwa unterschiedliche, aber gleichwertige Regelungen und Normen (z. B. für Blinker, Spiegel, Sicherheitsgurte) dazu, dass bestimmte Modelle gegenseitig gar nicht angeboten oder teure Modellmodifikationen für beide Märkte notwendig werden. Wenn TTIP gut verhandelt wird, kann es eine Reihe von äquivalenten Schutzvorschriften in verschiedenen Branchen gegenseitig anerkennen, ohne dass österreichische oder europäische Standards gesenkt werden.

WIE SOLL DER INVESTITIONSSCHUTZ FUNKTIONIEREN?

Der Schutz österreichischer Investitionen im Ausland ist für die WKO ein wichtiges Verhandlungsziel. Der Vorschlag der Europäischen Kommission zur Modernisierung des derzeitigen internationalen Investitionsschutzes sieht u. a. Folgendes vor:

- Das Regulierungsrecht der Staaten hat Vorrang vor den wirtschaftlichen Auswirkungen staatlicher Maßnahmen auf den Investor.
- Die internationalen Schiedsgerichte sollen zu einem öffentlichen Investitionsgerichtshof mit professionellen Richtern und Berufungsmöglichkeiten weiterentwickelt werden. Dies wird auch vom Europäischen Parlament unterstützt.

Auch in den USA bedarf es zum Schutz der Investitionen österreichischer KMU gegen Diskriminierung gut funktionierender und KMU-freundlicher Investitionsschutzregeln.

WIE WIRD TTIP VERHANDELT?

Die EU-Kommission verhandelt TTIP im Namen aller EU-Mitgliedstaaten, welche ihr einstimmig ein Verhandlungsmandat erteilten. Die EU-Mitgliedstaaten, das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente werden laufend über den aktuellen Verhandlungsstand informiert und befragt. Die Wirtschaftskammer Österreich ist in die handelspolitische Diskussion in Österreich und in Brüssel eingebunden. Die zuständigen Minister aller EU-Mitgliedstaaten müssen das Abkommen nach dem Ende der Verhandlungen beschließen.

Auch das Europäische Parlament muss zustimmen. Zusätzlich muss das Abkommen von allen 28 Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden.

TTIP steht auf einem festen demokratischen Fundament.

Weitere
Informationen
finden Sie unter:
→ www.wko.at/ttip

von
Dr. Petra Gradischnig

EUROGYPSUM

– Dachverband der europäischen Gipsindustrie

EUROGYPSUM wurde 1961 als Branchenvertretung der europäischen Gipsunternehmen gegründet, die derzeit in 12 nationalen Verbänden zusammengeschlossen sind. Die europäische Gipsindustrie betreibt etwa 154 Steinbrüche und über 160 Werke für die Herstellung von Gipspulver, Gipskartonplatten und Gipssteinen mit einem Jahresumsatz von über EUR 10 Mrd. 28.000 Personen sind direkt in der Gipsindustrie beschäftigt, indirekt sind 85.000 Arbeitsplätze in ganz Europa gesichert.

Der Verband mit Sitz in Brüssel wird durch Bernard Lekien als EUROGYPSUM-Präsident und Christine Marlet als Geschäftsführerin vertreten. Aufgabe von EUROGYPSUM ist es die Interessen der Gipsindustrie auf europäischer Ebene zu vertreten und Bewusstsein über die Wichtigkeit des Baustoffes Gips für die Gesellschaft zu schaffen. Dies geschieht durch gemeinsame Forschungsprojekte über relevante wissenschaftliche, technische, wirtschaftliche und rechtliche Themen und das Initiieren von Informations- und Kommunikationsprogrammen.

In verschiedenen Komitees (Rohstoffe, Umwelt & Nachhaltigkeit, Technik & Wissenschaft) und diversen Unterarbeitsgruppen werden für die Branche wichtige Themen behandelt und diskutiert – wie derzeit z.B. Emissionshandel, Kreislaufwirtschaftspaket, Zugang zu Rohstoffen, Normenwesen etc.

– und Positionen dazu ausgearbeitet. Besonderer Schwerpunkt liegt auf der Schaffung eines konstruktiven und effizienten Dialogs mit den europäischen Institutionen (Kommission, Parlament, Rat) in allen Belangen, die direkt mit der Wettbewerbsfähigkeit der Gipsindustrie zusammenhängen.

EUROGYPSUM ist Mitglied von IMA Europe (Industrial Minerals Association - europäischer Industriemineralerverband) und außerordentliches Mitglied bei CPE (Construction Products Europe – europäischer Baustoffherstellerverband). EUROGYPSUM vertritt seine Mitglieder auch in der Raw Materials Supply Expert Group der Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU der Europäischen Kommission und ist Mitglied des Non-Energy Extractive Industry Panels (NEEIP), dessen Ziel es ist, die spezifischen Interessen der nichtenergetische Mineralrohstoffindustrie gegenüber den EU-Institutionen zu vertreten.

Für den Fachverband ist EUROGYPSUM ein wichtiger Partner, wenn es um die Durchsetzung österreichischer Anliegen auf europäischer Ebene geht.

KURZINFO

Nachstehend finden Sie eine Zusammenstellung aktueller Themen aus den Bereichen Wirtschaft und Umwelt:

von
Dr. Petra
Gradischnig



WOHNBAU- INVESTITIONSBANK

Die Wohnbauinvestitionsbank (WBIB) ist organisatorisch eingerichtet, um im 1. Halbjahr 2016 operativ starten zu können. Es fehlt nur noch die Konzession durch die Finanzaufsicht (FMA). Größter Einzelaktionär der WBIB wird die Österreichische Hotel- und Tourismusbank (ÖHT) mit ca. 34%. Jeweils 26% werden die s-Wohnbaubank und die Raiffeisen Bausparkasse halten. Den Rest halten die Landeshypos, die Immo-Bank und die BAWAG. Dem Dreiviertelstand der WBIB werden ÖHT-Geschäftsführer Wolfgang Kleemann, s-Bauspar- und s-Wohnbaubank-Chef Josef Schmidinger und Christian Sagasser von der Raiffeisen Wohnbau bank angehören.

Die WBIB soll als Geld-drehscheibe für die Wohnbauoffensive der Regierung fungieren, die binnen fünf bis sieben Jahren rund 30.000 Wohnungen zusätzlich bereitstellen soll.

SANIERUNGSTAG

Am 10.3.2016 fand der 3. Sanierungstag im Architekturzentrum Wien statt, der von der Bundeskammer der ZiviltechnikerInnen und dem Fachverband Steine-Keramik veranstaltet wurde. Die Bedeutung der Sanierung auf österreichischer Ebene, Förderungsstrukturen auf Bundes- und Landesebene sowie die Problematik rückläufiger Sanierungsraten waren zentrale Themen.

Eine Zusammenfassung bildet der präsentierte Forderungskatalog:

1. Der wirtschaftlichen und ökologischen Bedeutung der Sanierung ist Rechnung zu tragen.
2. Wertsteigerung muss Teil einer österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie werden.
3. Förderungen müssen klar gestaltet und einfach zugänglich sein.
4. Die Qualität von der Planung bis zur Ausführung ist zu sichern.
5. Die Auftragskultur muss als Teil der Baukultur gestärkt werden.

DVO-ERLÄUTERUNGEN

Das Umweltministerium (BMLFUW) hat kürzlich aktualisierte Erläuterungen zur Deponieverordnung veröffentlicht.

Diese sind auf der Homepage des BMLFUW abrufbar:
→ www.bmlfuw.gv.at/greentec/abfall-ressourcen/abfall-atlastenrecht/awg-verordnungen/deponie.html

FÖRDERUNGSAKTION FÜR ELEKTRO-PKW

Die Umweltförderung im Inland (UFI) unterstützt ab sofort mit einer zeitlich und budgetär begrenzten Förderungsaktion Elektro-PKW für Betriebe und Gemeinden sowie E-Ladestationen. In Summe stehen rund EUR 7,5 Mio. für die Förderung von Elektro-PKW zur Verfügung.

Registrierungen sind in Abhängigkeit des Budgets längstens bis 31.12.2016 möglich. Nach der Registrierung muss innerhalb von 16 Wochen der Antrag gestellt werden.

Was wird gefördert?

Die Anschaffung von neuen Fahrzeugen mit reinem Elektroantrieb zur Personenbeförderung (Klasse M1) bzw. zur Güterbeförderung (Klasse N1 und ≤ 2,5 Tonnen höchstzulässiges Gesamtgewicht).

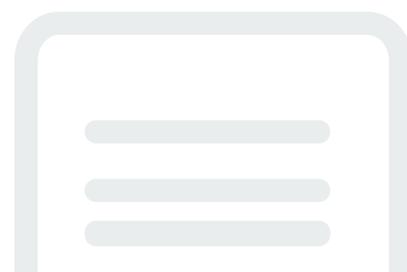
Eine Förderung von Fahrzeugen mit Elektroantrieb ist nur mehr bei der ausschließlichen Verwendung von Strom aus erneuerbaren Energieträgern möglich.

Wer wird gefördert?

Förderungsmittel für E-PKW der Fahrzeugkategorie M1 und N1 bis 2,5 Tonnen höchstzulässigem Gesamtgewicht werden u.a. für alle Unternehmen und sonstige unternehmerisch tätige Organisationen bereitgestellt.

Weitere Informationen finden Sie unter:

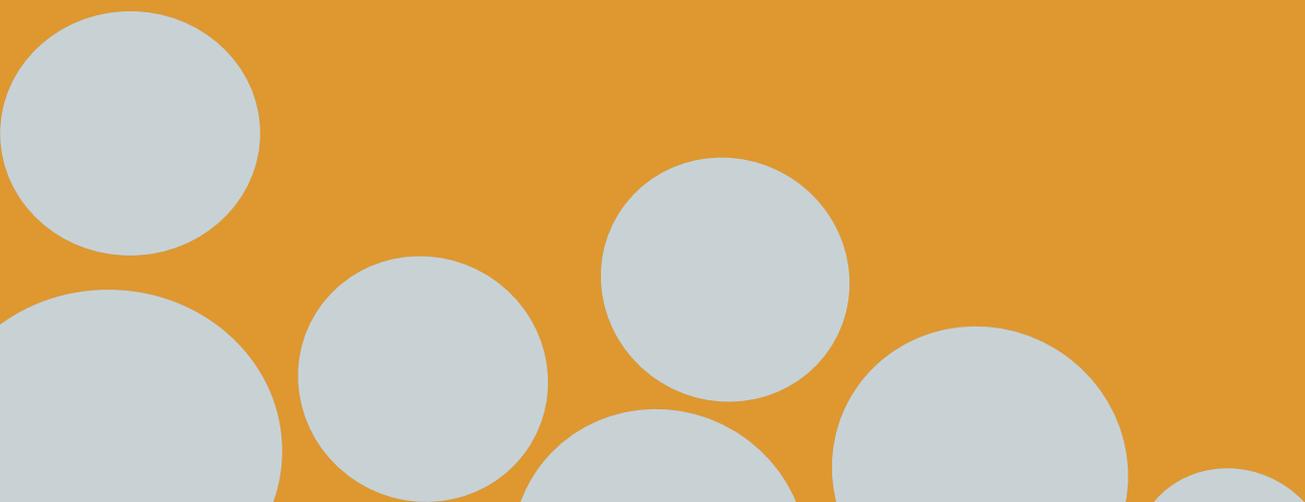
→ www.umweltfoerderung.at/betriebe/foerderungsaktion-elektro-pkw-fuer-betriebe.html



KALENDER

SEMINARE • KONGRESSE • TERMINE

JULI 2016		NOVEMBER 2016	
6. Wien	Berufsgruppenausschuss Putz/Mörtel	9. Wien	Berufsgruppenausschuss Putz/Mörtel
20.	Konjunkturerhebung – 1. Halbjahr 2016 – Datenbekanntgabe Das Formular für die Umsatz- und Beschäftigten-erhebung wurde bereits an Sie ausgeschickt. Bitte senden Sie Ihr ausgefülltes Datenblatt bis spätestens 20.7.2016 per Fax an das Fachverbands-Büro: +43 (0)1 / 505 62 40	9. Wien	ARGE QG WDS Jahreshauptversammlung
SEPTEMBER 2016		16. Brüssel	NEEIP Parliamentary Debate
8.-9. Wien	ERMCO Kongress	16. Brüssel	UEPG Nachhaltigkeitspreisverleihung
14. Aigen im Ennstal	Fachverbandsausschuss, Mitgliederversammlung Die diesjährige Mitgliederversammlung des Fachverbands Steine-Keramik findet am Mittwoch, 14.9.2016 im Schloss Hotel Pichlarn SPA & Golf Resort in Aigen im Ennstal statt. Programm: → Mitgliederversammlung und Fachverbands-ausschuss mit Gastvortrag von Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer (<i>angefragt</i>) → anschl. gemeinsames Mittagessen	17. Brüssel	UEPG Board Meeting
21. Brüssel	EUROGYPSUM Geschäftsführertreffen	21.-25. Spanien	Wirtschaftsmission Feinkeramik, Berufsgruppe Feinkeramik Vollversammlung
22. Wien	Berufsgruppenausschuss Putz/Mörtel	23. Brüssel	CPE Board Meeting
22.-24. Pörschach	Euroschotter-Tagung	29. Wien	Berufsgruppe Zement Vollversammlung
OKTOBER 2016		29. Brüssel	CERAME-UNIE Generalversammlung, Parlamentarisches Keramikforum
7.-8. Krems	Berufsgruppe Ziegel Herbsttagung, Vollversammlung	DEZEMBER 2016	
12. Wien	Berufsgruppe Zement Vollversammlung	14. Wien	Fachverband Exekutivkomitee
12.-14. Washington	ILA Konferenz		
13.-14. Brüssel	UEPG Komiteesitzungen		
19. Wien	Enquete Chance Hochbau		
20. Wien	Wohnen Plus Wohnsymposium		
offen Wien	Berufsgruppe Schleifmittel Vollversammlung		



Herausgeber:

Fachverband der Stein- und
keramischen Industrie Österreich,
A-1045 Wien,

Wiedner Hauptstraße 63,
T +43 (0) 5 90 900 - 3533, F +43 (0) 1/505 62 40
e-Mail: steinel@wko.at

Web: www.baustoffindustrie.at,
www.keramikindustrie.at

Für den Inhalt verantwortlich: DI Dr. Andreas Pfeiler

Redaktion: Dr. Petra Gradischnig

Gestaltung: grafriec.at, Marlene Rieck

Produktion: Estermann GmbH
Fotos: Fachverband der Stein-
und keramischen Industrie
Österreich